

Kiel, 28.01.2010

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 41: Bericht über die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen 2004 – 2008 (Drucksache 17/130)

Martin Habersaat:

Die Universitäten jetzt weiter entwickeln

Der informative Bericht der Landesregierung zeigt, dass die Zielvereinbarungen das geeignete Instrument sind, um Hochschulautonomie, die unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ausgeweitet wurde, und öffentliche Kontrolle, die der Landtag als Haushaltsgeber auszuüben hat, zu verbinden.

Unsere Hochschulen haben mit zwei Problemen zu kämpfen:

Zum Einen ist es nichts Neues, dass die **Mittel, die das Land seinen Hochschulen zur Verfügung stellt**, nicht gerade üppig sind. Angesichts der Haushaltssituation wird sich daran wohl auch nichts ändern, und es wäre falsch, den Hochschulen hier unbegründete Hoffnung zu machen.

Das andere Problem, das die Hochschulen in sehr unterschiedlichem Maße trifft und derzeit am stärksten die Universität Flensburg, ist ihre **perspektivische Entwicklung**. Die Umsetzung der Empfehlungen der Erichsen-Kommission ist nicht in allen Bereichen gleichermaßen erfolgt; das gilt ganz besonders für den Medizinbereich, der nicht Gegenstand des heute zu erörternden Berichtes ist.

Die Quoten der Zielerreichung weisen denn auch eine Spannweite von 25 % aus: Die **Fachhochschule Westküste** ist mit 90,2 % die erfolgreichste aller öffentlichen Hochschulen in unserem Land, und dieses Ergebnis straft erneut alle früheren Skeptiker

Lügen, die die Gründung einer Hochschule an der Westküste für eine Fehlinvestition gehalten haben.

Auch die anderen Fachhochschulen erreichen knapp 90 %. Die Universitäten in Kiel und Lübeck sowie die beiden künstlerischen Hochschulen haben etwa drei Viertel der gesetzten Ziele realisiert.

Dass die **Universität Flensburg** unter den gegebenen Umständen, die an dieser Stelle schon oft erörtert wurden, nur 63,6 % erreicht, kann nicht verwundern. Hier muss möglichst noch in diesem Jahr eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden, der die Ergebnisse der externen Gutachterkommission zugrunde liegen. Dabei muss das wichtigste Entscheidungskriterium die Sicherung des Lehrernachwuchses sein. Wir halten die Mahnungen des Berichtes an die Universität in Flensburg deshalb für richtig, sich zunächst auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren, nämlich den Nachwuchs an künftigen Lehrerinnen und Lehrern sicherzustellen, natürlich mit Ausnahme der Segmente, die der CAU und der Musikhochschule überlassen sind. Das ist die Pflicht, die Wirtschaftswissenschaften sind die Kür!

Die meisten Hochschulen tun sich offensichtlich im Bereich des **Qualitätsmanagements** schwer. Das spricht dafür, dass die Hochschulen in diesem Bereich stärker zusammenarbeiten und auch gemeinsame Strukturen entwickeln sollten.

Der Bericht stellt für die **CAU** in den meisten Fachbereichen erhebliche Probleme bei den Betreuungsrelationen im Zusammenhang mit den Studienabschlüssen im Bologna-System fest. Die Landesregierung geht aber einen falschen Weg, wenn sie eine Entlastung dadurch erwartet, dass möglichst wenige Bachelor-Studenten ein Master-Studium absolvieren.

Wir wollen die Universitäten jetzt auch im Interesse der Studentinnen und Studenten weiter entwickeln. Wir warnen davor, den Übergang zwischen den beiden konsekutiven Studienphasen zum Nadelöhr werden zu lassen. Wir treten im Gegenteil dafür ein, dass derjenige, der mit Erfolg den **Bachelor** erworben hat, auch den Anspruch darauf haben muss, den **Master** draufzusatteln. Alles andere birgt die Gefahr, dass wir viele Absolventen mit zu schmaler Qualifikation haben, die am Arbeitsmarkt mit nicht akademisch Qualifizierten konkurrieren und deren Chancen auf einen ordentlich bezahlten Arbeitsplatz noch weiter verschlechtern. Und es wäre auch nicht fair denen gegenüber, die nach dem Bachelor noch weiter studieren wollen.

Ein Augenmerk wird auch darauf zu richten sein, warum in den meisten Fächergruppen die CAU so schwache Absolventenzahlen je Professor erreicht. An mangelnder Auslastung der Studiengänge kann es jedenfalls nicht liegen.

Wir sollten den Bericht im Bildungsausschuss vertieft erörtern.